

Russland Oppositionsführer Garri Kasparow vorübergehend festgenommen

Hartes Vorgehen gegen Kritiker

Tausende Polizisten verhierten am Wochenende in Moskau und St. Petersburg Protestmärsche von Regimekritikern mit aller Härte. Die Methoden erinnerten an totalitäre Zeiten.

Christian Weisflog, Moskau

Mehr als ein paar tausend Demonstranten vermag die Oppositionsbewegung «Das andere Russland» noch nicht zu mobilisieren. Doch wo und wann auch immer die Kreml-Gegner Protestmärsche ankündigen, die Staatsmacht reagiert mit zunehmender Härte und wachsenden Sicherheitsaufboten. 9000 Polizisten verwandelten die russische Hauptstadt am Samstag in eine Festung. Bereits unter der Woche brachten die Sicherheitskräfte am Puschkin-Platz Absperrgitter an. Von hier aus wollten die «Nicht-Einverstandenen» trotz Verbots die mondäne Twerskaja-Strasse runter, geradewegs Richtung Kreml laufen, um für ein demokratischeres Russland zu demonstrieren.

Äusserst brutales Vorgehen

Die Polizei jedoch, die mit Schlagstöcken teilweise äusserst brutal gegen die rund 2000 Demonstranten vorging, wusste dies mit aller Härte zu verhindern: «Sie schlugen auf alte Frauen und Rentner ein, die unbeteiligt an der Ecke standen», so der unabhängige Abgeordnete Wladimir Ryschkow. Mehrere Oppositionsführer, darunter auch der ehemalige Schachweltmeister Garri Kasparow, wurden schon auf ihrem Weg zur Kundgebung verhaftet. Offiziell nahmen die Sicherheitskräfte rund 250 Personen fest. Die Veranstalter gehen hingegen von weit höheren Zahlen aus. Bereits im Vorfeld der Demonstration wurden in den Regionen Aktivisten verhaftet, die zum Marsch nach Moskau reisen wollten. «Das ist ein verbrecheri-

Türkei

Grosskundgebung gegen Erdogan

In Ankara haben am Samstag mehrere Hunderttausend Menschen gegen eine Präsidentschaftskandidatur des islamisch-konservativen Regierungschefs Tayyip Erdogan demonstriert. Die Teilnehmer versammelten sich zu einer Kundgebung auf dem Tandoğan-Platz und vor dem Mausoleum des laizistischen Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk. Die Gegner Erdogans befürchten, dass er und seine Partei eine schlechende Islamisierung des Landes einleiten könnten. Das Parlament wählt im Mai für die nächsten sieben Jahre einen Nachfolger für den weltlich orientierten Präsidenten Ahmet Necdet Sezer. Erdogans Regierungspartei AKP hat im Parlament eine grosse Mehrheit. (reu)

Algerien

Sieben Tote bei erneuten Anschlägen

Nach den Selbstmordanschlägen in Alger mit 33 Toten am Mittwoch haben mutmassliche muslimische Extremisten weitere Anschläge und Überfälle auf algerische Soldaten verübt. Nach Presseberichten vom Sonntag gab es dabei mindestens sieben Tote. In der Nacht zum Samstag seien bei einem Angriff auf ein Militärlager bei Boumerdes 50 Kilometer östlich von Algier vier Soldaten getötet und zwei verletzt worden. In der Nähe von Algier griffen mutmassliche Mitglieder der Terrorgruppe «Al-Qaida im Islamischen Maghreb» eine Militärpatrouille an. Ein Soldat sei getötet und zwei verletzt worden. (afp)



Festnahme eines Demonstranten auf dem Puschkin-Platz in Moskau. (key)

schers Angriff auf die russischen Bürger. Die Stadt befindet sich praktisch im Kriegszustand», erklärte Kasparow gegenüber Radio Echo Moskwy. Er wurde am Samstagabend wegen der Teilnahme an einer nicht bewilligten Kundgebung zu einer Geldstrafe von rund 30 Euro verurteilt. Kasparow verpasste deshalb den Zug nach St. Petersburg, wo am Sonntag ein weiterer «Marsch der Nicht-Einverstandenen» stattfand. Auch in St. Petersburg erhielten die Veranstalter keine Erlaubnis, durch die Strassen zu ziehen. Die Regimegegner durften sich nur zu einem Meeting auf einem von Polizisten umzingelten Platz zusammenfinden. «Das ist unsere Stadt», «Freiheit» und «Revolution» skandierten

die 1500 Teilnehmer. Am Ende der Kundgebung kam es ebenfalls zu Zusammenstössen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten.

Wachsende Unsicherheit

Die Reaktion der Staatsmacht auf die Aktionen der Opposition deutet auf eine wachsende Unsicherheit hinsichtlich der im Dezember 2007 und März 2008 anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen hin und erinnert an totalitäre Zeiten: Regimekritiker werden von Geheimdienst und Polizei unterdrückt, während das staatlich kontrollierte Fernsehen ihre Existenz verschweigt oder sie als vom Ausland finanzierte «Verräter» diskreditiert. «Das

Regime kann keine Meinungsäusserungsfreiheit zulassen, weil es Konkurrenz nicht standhält», sagte der bekannte Satiriker Viktor Schenderowitsch am Samstag an der Demo.

Tatsächlich zeigen Meinungsumfragen, dass die Russen weniger zufrieden sind, als es Präsident Putins hohes Rating vermuten lässt. Inflation, Korruption und dürftige staatliche Sozialleistungen machen den Bürgern vor allem zu schaffen. Die kompromisslose Haltung der politischen Führung gegenüber ihren Kritikern dürfte den Graben zwischen Staat und Gesellschaft in Russland noch weiter verbreitern und könnte für die Mächtigen letztlich zum Bumerang werden.

Irak

Inferno beim Schrein des Imams Hussein

Die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten im Irak haben sich am Wochenende weiter verschärft: Allein bei einem Anschlag in der schiitischen Pilgerstadt Kerbela am Samstag starben laut Behörden mindestens 42 Menschen. 224 Menschen wurden verletzt. Der Schauplatz befand sich nur wenige Meter vom Grabmal des Imams Hussein entfernt, der von den Schiiten als Märtyrer verehrt wird. Nach Angaben des örtlichen Spitals befanden sich unter den Opfern auch zahlreiche Frauen und Kinder. Auch in der irakischen Hauptstadt drehte sich die Spirale der Gewalt weiter: Am Sonntag kamen bei Sprengstoffanschlägen in Bagdad 24 Menschen ums Leben. (afp)

Atomstreit

Nordkorea lässt Frist verstreichen

Trotz zahlreicher internationaler Appelle hat Nordkorea am Samstag eine Frist zur Stilllegung seiner umstrittenen Atomanlage in Yongbyon verstreichen lassen. Noch immer gilt die verzögerte Freigabe blockierter Gelder Nordkoreas als Hindernis. Die auf Betreiben der USA eingefrorenen Gelder auf einer Bank in Macau seien noch immer nicht freigegeben worden, sagte ein nordkoreanischer Regierungsmitarbeiter am Samstag. Nordkorea hatte am 13. Februar dem Ausstieg aus seinem umstrittenen Atomprogramm binnen 60 Tagen unter der Bedingung zugestimmt, dass die Konten freigegeben werden. (afp)

Nahost Palästinenserstaat thematisiert

Abbas und Olmert treffen sich

Israels Regierungschef Ehud Olmert und der palästinensische Präsident Mahmud Abbas haben am Sonntag zum Auftakt einer geplanten Serie von Treffen die Strukturen eines künftigen palästinensischen Staates erörtert. Zu Beginn ihres Gesprächs in Jerusalem waren weitere Vertreter beider Seiten anwesend, darunter der palästinensische Unterhändler Saeb Erekat und der israelische Verteidigungsminister Amir Peretz. Das Gespräch sei positiv verlaufen und habe einen Beitrag zur Vertrauensbildung geleistet, sagte Olmerts Sprecherin Miri Eisin. Das nächste Treffen werde in einigen Wochen stattfinden, höchstwahrscheinlich in Jericho im Westjordanland. Abbas' Berater Saeb Erekat sagte, das Treffen habe lediglich den Auftakt eines längeren Dialogs gebildet. Olmert bekräftigte am Sonntag während der wöchentlichen Kabinettsitzung, er sei zu

Gesprächen über die arabische Friedensinitiative bereit. Sie sieht einen israelischen Rückzug auf die Grenzen von 1967 im Gegenzug für eine Normalisierung der Beziehungen mit den arabischen Nachbarstaaten vor. Die israelische Aussenministerin Zipi Livni reiste am Sonntag nach Jordanien, um Gespräche über die Initiative zu führen. Olmerts Sprecherin Miri Eisin sagte, bei dem Treffen vom Sonntag sei unter anderem über den wirtschaftlichen Aufbau eines palästinensischen Staates gesprochen worden. Olmert wollte dabei jedoch nicht über die Kernfragen des israelisch-palästinensischen Konflikts verhandeln – wie den künftigen Grenzverlauf, die palästinensischen Flüchtlinge und den Status Jerusalems. Hintergrund ist die Weigerung der palästinensischen Einheitsregierung, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. (afp/reu)



«Handshake» zwischen Abbas und Olmert (rechts) in Jerusalem. (ap)

Ecuador

Correa kann mit einem Ja rechnen

In Ecuador ist am Sonntag über die Einsetzung einer verfassungsändernden Versammlung abgestimmt worden. Den Umfragen zufolge konnte der sozialistische Präsident Rafael Correa mit einem klaren Ja zu einer solchen Versammlung rechnen. Dieser Rat soll die Kompetenz erhalten, Verfassungsänderungen betreffend die Stellung des Präsidenten oder der Kontrolle des Staates über die Wirtschaft vorzunehmen. Bei einem Ja soll die Versammlung binnen drei Monaten gewählt werden und dann binnen sechs Monaten Änderungen beschliessen, über die danach in einem weiteren Referendum abgestimmt werden soll.

Nach Correas Worten geht es nach elf Jahren der Instabilität mit acht Präsidenten, von denen drei nach Revolten gehen mussten, um einen politischen Neuanfang, um das Ende der «korrupten Parteienmafia» und der «Politisierung von Gerichten und Justiz». Das Parlament solle keineswegs aufgelöst, sondern lediglich in seinen Befugnissen, etwa zur Absetzung des Staatsoberhauptes, eingeschränkt werden. Ebenso solle die freie Marktwirtschaft nicht abgeschafft, sondern beschnitten werden, damit mehr Staatsgelder für die arme und indianische Bevölkerung zur Verfügung stehen. (afp)

Nigeria

Gewalt zum Beginn der Wahlwoche

Begleitet von Ausschreitungen und Manipulationsvorwürfen ist Nigeria am Samstag in die mit Spannung erwartete Wahlwoche gestartet. Am Rande der Gouverneurswahlen wurden am Wochenende laut Medien mehr als 50 Menschen getötet. Ersten Auszählungen zufolge gewann die regierende PDP in sechs von acht Bundesstaaten. Die Opposition verteidigte demnach einen Staat und eroberte Abia im Südosten.

Nigerias nationale Wahlkommission hatte sich am Samstag grundsätzlich zufrieden mit dem Verlauf der Gouverneurswahlen in den 36 Bundesstaaten gezeigt. Die bisherigen Gouverneure stehen fast alle unter Korruptionsverdacht. Über 60 Millionen Wahlberechtigte waren aufgerufen, zu den Urnen zu gehen. 50 Parteien hatten sich für die Wahl registrieren lassen. (reu)

In Kürze

Zivilisten getötet

Kabul. US-Marineinfanteristen haben in Afghanistan einem Bericht des Militärs zufolge mindestens zehn Zivilisten getötet, obwohl sie von diesen nicht angegriffen wurden. Die Soldaten hatten dagegen berichtet, nach einem Selbstmordanschlag in einem Dorf bei Dschalalabad beschossen worden zu sein und Bewaffnete gesehen zu haben. (afp)

Benedikt feiert Geburtstag

Rom. Mit zehntausenden Gläubigen hat Papst Benedikt XVI. am Sonntag auf dem Petersplatz in Rom eine Messe zu seinem 80. Geburtstag gefeiert. Auch in Deutschland wurde der runde Geburtstag des Papstes gefeiert. In Berlin nahm Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an einem Festgottesdienst teil. (dpa)

Zwei neue Atomkraftwerke

Teheran. Der Iran hat den Bau von zwei weiteren Atomkraftwerken angekündigt. Die Anlagen sollen in Buschehr entstehen, wo russische Techniker gegenwärtig das erste Atomkraftwerk des Landes errichten, hiess es am Sonntag. (afp)

Terrorzellen-Chef gefasst

Casablanca. Die marokkanische Polizei hat den mutmasslichen Anführer der islamisch-fundamentalistischen Terrorzelle gefasst, der die jüngsten Anschläge in Casablanca angelastet werden. Dies meldete das marokkanische Radio am Samstag. Auch dessen Stellvertreter sowie weitere Verdächtige seien festgenommen worden. (dpa)